

Ein trauriges Jubiläum . . .

Was hat die „DDR“ in acht Jahren ihres Bestehens erreicht?

Am 7. Oktober jährt sich zum achten Male jenes Ereignis, das Deutschland eine unnatürliche „Staatsgrenze“ bescherte. Die Gründung der „DDR“, von einer Handvoll kommunistischer Emigranten bereits 1945 als Konzept aus Moskau mitgebracht, war die Antwort auf den Versuch der Westmächte, den tragischen Irrtum von Potsdam zugunsten eines ungeteilten, unabhängigen Deutschland zu revidieren. So gibt es für einen Nichtkommunisten kaum einen Anlaß, diesen „Tag der Republik“ zu feiern. Wohl aber mag man an solchem Tag Rückschau halten auf das, was die „Republik“ ihren Bürgern brachte. Was hat die SED-Regierung in jenen acht Jahren geschafft? Und — welche Perspektiven hat sie zu bieten . . . ?

Es ist das Unglück für die SED, daß sich in Deutschland reale und unbestechliche Vergleichsmöglichkeiten bieten. Dem wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Bundesrepublik steht die „sozialisierte“ Sowjetzone gegenüber. Die Ostmark läßt sich mit der „harten“ Westmark vergleichen. Der Lebensstandard des westdeutschen Arbeiters hat den seines sowjetzonalen Kollegen beispielsweise überflügelt.

Keine der kommunistischen Prophezeiungen ist eingetroffen. Es gibt keine „Massenarbeitslosigkeit“ in der Bundesrepublik, im Gegenteil: In der Industrie wird jede Hand gebraucht, die strukturelle Arbeitslosigkeit ging Schritt um Schritt zurück, und wer eine westdeutsche Zeitung in die Hand nimmt, kann sich an Hand der Stellenanzeigen leicht davon überzeugen.

Wo lebt es sich leichter?

Aber nicht nur der Reallohn und das dadurch für jedermann erreichbare Massenangebot wertvollster Konsumgüter unterscheiden den Lebensstandard in Ost und West. Das Leben selbst ist leichter im Westen. Die „Sorge um den Menschen“, von der SED-„Republik“ als Propagandaphrase deklariert, ist im Westen tatsächlich vorhanden. Der an sowjetische Beispiele erinnernde trost-

lose Alltag der sowjetzonalen Hausfrau ist etwas, was keine westdeutsche Frau begreifen kann. Sie kennt keine Lebensmittelkarten, keine Schlangen vor Konsumläden, keine „zwei Preisebenen“, — zwischen denen man das Geld aufteilen muß. Die Produktion ist auf den Lebensstandard und auf dessen ständige Erhöhung eingestellt, in der „DDR“ wird der Lebensstandard niedrig gehalten, um die Produktion für den „Aufbau des Sozialismus“ auszurichten.

Das aber ist nur die wirtschaftliche Seite. Und wie ist es in der Politik? Niemand sage, der westdeutsche Bürger sei unpolitisch! Im Gegenteil: Er hat politisch denken gelernt, weil er keiner Massenverdummung unterliegt, weil man ihn nicht von Haus- zu Betriebsversammlungen treibt, gewaltsam in Organisationen zwingt und sein ganzes Leben bis in die privateste Sphäre hinein politisiert! Die Art, wie die Bundesrepublik mit dem Kommunismus fertig geworden ist, hat das bewiesen.

Wer ist „stärker“?

Jeder kommunistische Funktionär wird zugeben müssen, daß „sein“ Staat auf diesen Ebenen versagte. Hat dieser Staat dafür aber politische oder militärische Macht erlangt? Die Bundesrepublik ist heute ein

internationaler Faktor von erst-rangiger Bedeutung. Echte völkerverbindende Beziehungen gibt es mit allen Staaten der freien Welt. Der „DDR“ aber ist es nicht gelungen und wird es nie gelingen, als „zweiter deutscher Staat“ anerkannt zu werden. Und dies nicht zuletzt darum, weil die Bevölkerung der Sowjetzone kein „zweites Deutschland“ will.

Hier spielen die Kommunisten das Argument der „militärischen Stärke“ aus. Sie stützen sich dabei auf die Tatsache, daß sie eine kampfstärke Armee besaßen, als in der Bundesrepublik noch kein Mensch an das Waffentragen dachte. Und kaum wächst die Bundeswehr aus ihren ersten Kinderschuhen heraus, da ertönt das Geschrei von der „furchtbaren Bedrohung durch den westdeutschen Militarismus“. Jene, die jahrelang drohten und provozierten, zittern vor der Faust, die man ihnen entgegenstreckt.

Eine trübe Bilanz

Das ist in wenigen Worten, die sich jeder durch Zahlen untermauern mag, die Bilanz dieser acht Jahre eines Ulbricht-Regimes. Was aber soll das neunte Jahr mit diesem Mann an der Spitze des Staatsapparates bringen? Ulbricht kann nur noch eines, um sein trauriges Werk zu retten: Er kann die Sowjetzone so eng wie möglich an die Sowjetunion anschließen und damit die Wiedervereinigung zu hintertreiben suchen. Erst dieser Tage wurde bei den Ostberliner Wirtschaftsverhandlungen ein neuer, entscheidender Schritt dazu getan. Sollte das aber gefeiert werden? Oder sollte der 7. Oktober nicht sogar für einen Kommunisten ein Tag nachdenklicher Besinnung und vergleichender Betrachtungen sein?

Die Machthaber im Krenl irrten sich

Staatssekretär Franz Thedieck vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen hielt im Sender RIAS an die Bevölkerung in der Sowjetzone eine Ansprache, die wir im Auszug wiedergeben.

Die Wahlen zum dritten Deutschen Bundestag liegen hinter uns. Was sie für die Gestaltung der deutschen Politik, was sie für den Fortgang der Weltpolitik bedeuten, ist in den Tagen vor und nach der Wahl in vielen Äußerungen des In- und Auslands unterstrichen worden. Das mit großer Spannung erwartete Ergebnis ist für alle Welt eindeutig.

Der freie Teil des deutschen Volkes hat in Kenntnis seiner Lage und der Auseinandersetzungen zwischen Ost und West eine klare Entscheidung gefällt. Die Bindung der Bundesrepublik Deutschland an die freie Welt ist von der Mehrheit der Wähler bejaht, eine Politik der Hinwendung zu den Sirenenängängen aus Moskau und Pankow ist eindeutig abgelehnt worden. Das sollten endlich einmal alle jene erkennen, die immer noch glauben, das deutsche Volk wäre für kommunistische Gedankengänge und kommunistische Errungenschaften ansprechbar. Das Wahlergebnis hat aber auch mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Befürworter des Neutralismus zwischen Ost und West keinerlei Rückendeckung im deutschen Volk haben.

Einflußnahme auf die Wahlen

Lassen Sie mich nochmals daran erinnern, in welchem Ausmaß gerade von Moskau aus und aus dem Gebiet der Sowjetzone versucht worden ist, auf den Ausgang der Bundestagswahlen Einfluß zu nehmen. Mit Verdrehungen, Lügen und Diffamierungen sondergleichen wurde in einem bisher unbekanntem Umfang von drüben aus gearbeitet. Die Wähler in der Bundesrepublik wußten aber nur zu gut, was sie von diesen Aktionen zu halten hatten. Die Erfinder dieser Schmutz- und Lügenpropaganda in den sowjet-

zonalen Redaktionsstuben hatten die Urteilsfähigkeit der Wähler in der Bundesrepublik gründlich verkannt.

Aber auch die Machthaber im Krenl haben sich entschieden geirrt, wenn sie glaubten, mit ihrer Unheil ankündenden Note vom 7. September 1957 an die Bundesregierung die deutschen Wähler beeindrucken zu können. Daß diese Note mit ihrem Inhalt sich mehr an die Wähler als an die Bundesregierung richtet, ist unschwer festzustellen. Schon der Zeitpunkt, acht Tage vor den Wahlen, war in bestimmter Absicht gewählt. Aber noch mehr ist diese Feststellung nach dem Inhalt dieser Note berechtigt. Sie nimmt lediglich rein formell auf die letzte Note der Bundesregierung zur Deutschlandfrage an die Regierung der Sowjetunion, die schon vom 20. Mai 1957 stammte, Bezug. Die darin von der Bundesregierung unterbreiteten Vorschläge zur Lösung der Deutschlandfrage werden völlig ignoriert. Um so mehr wird aber die gesamte Politik der Bundesregierung im Stile eines Pamphlets mit der unverkennbaren Absicht der Einmischung in die innerdeutschen Verhältnisse angegriffen. In ungewöhnlich scharfem Ton wird in der Note mit der Androhung des Atomkrieges operiert, wenn das deutsche Volk nicht endlich seine Politik der Bindung an den Westen aufgebe und darin einwillige, daß die Wiedervereinigung Deutschlands unter kommunistischen Vorzeichen vollzogen wird. Wenn als geeigneter Weg dazu die Schaffung eines Staatenbundes zwischen beiden Teilen Deutschlands empfohlen wird, so ist man leicht geneigt anzunehmen, daß dieser Teil der Note in Pankow geschrieben worden ist. Nach Inhalt und Ton fällt es einigermaßen schwer, einem solchen Schriftstück den Charakter einer Note im klassischen Sinne zuzuerkennen.

Überprüfung nötig

Die Machthaber im Krenl und in Pankow täten gut daran, nach diesem klaren Ergebnis der Bundestagswahlen 1957 ihre Deutschlandpolitik einer ernsthaften Prüfung zu unterziehen. Jetzt zumindest müßten sie erkennen, daß mit völkdemokratischen Methoden keine

Einbrüche im deutschen Volk zu erzielen sind. Die ständigen und auch nach der Bundestagswahl erneuerten Empfehlungen an die wirklich äußerst dünne Schicht ihrer Parteigänger in der Bundesrepublik zum Sturz der rechtmäßigen Regierung mit außerparlamentarischen und revolutionären Mitteln finden beim deutschen Volk kein Gehör. Von den verantwortlichen Repräsentanten der Sozialdemokratischen Partei ebenso wie vom Deutschen Gewerkschaftsbund sind alle diese Anbiederungsversuche schon vor den Wahlen und auch jetzt wieder mit Schärfe abgewiesen worden.

Bei einer objektiven Prüfung des Wahlergebnisses werden sich auch Moskau und Pankow sagen müssen, daß nicht nur die sogenannten bürgerlichen Schichten der Bevölkerung des Bundesgebiets Bundeskanzler Dr. Adenauer und der CDU/CSU ihre Stimme gegeben haben, sondern daß auch ein beträchtlicher Teil der Arbeiterschaft zu diesem Wahlerfolg beigetragen hat. Gerade die steigende Bejahung der Politik des Bundeskanzlers durch immer mehr Menschen, die ihr Brot am Schraubstock, an der Werkbank oder „vor Ort“ unter Tage verdienen, sollte den Machthabern in Moskau und Pankow zu denken geben. Wer will es den Arbeitern, die Bundeskanzler Dr. Adenauer ihre Stimme gaben, verdenken, daß sie dabei auch die Sicherung des Arbeitsplatzes, wirtschaftliche Besserstellung, soziale Fortschritte und Vorsorge für das Alter als Früchte einer klugen Politik der Bundesregierung wohl zu schätzen wissen? Sie wählten, als sie mit ihrer Stimme Bundeskanzler Dr. Adenauer ihr Vertrauen bekundeten und sich für die Fortsetzung der bisherigen Regierungspolitik aussprachen, ganz gewiß nicht den Krieg, wie es die sowjetzonalen Verlautbarungen so billig zu bewerten versuchen. Sie waren sich vielmehr bewußt, daß sie mit ihrer Stimme gerade für die Verteidigung des Friedens eintraten, daß sie für die Absicherung des nach dem mörderischen zweiten Weltkrieg mühsam wiederaufgebauten lebenswerten Daseins in der Bundesrepublik stimmten, für die Aufrechterhaltung und den weite-

(Fortsetzung auf Seite 1)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie in der sowjetischen Besatzungszone erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Bichthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Scharfe Antwort Eisenhowers

Die Rechte der Farbigen werden geschützt

Washington (AP/DPA). Präsident Eisenhower hat in einem Telegramm an den demokratischen Senator Russell (Georgia) dessen Beschuldigung zurückgewiesen, amerikanische Bundesstreitkräfte seien in Arkansas mit „SS-Methoden“ gegen negerfeindliche Personen vorgegangen. Gleichzeitig übte der Präsident mit ungewöhnlicher Schärfe Kritik an den Maßnahmen des Gouverneurs Faubus von Arkansas.

In dem Telegramm heißt es wörtlich: „Ich muß sagen, daß mir jedes Verständnis für Ihren Vergleich unserer Truppen mit Sturmtruppen Hitlers fehlt. In dem einen Falle wurde die militärische Macht dazu benutzt, den Ehrgeiz und die Zwecke eines rücksichtslosen Diktators zu unterstützen, im anderen Falle dazu, die Institutionen einer freien Regierung zu sichern. Meiner Überzeugung nach hätten sich Gewaltakte und die offene Mißachtung des Gesetzes und der Bundesjustiz niemals ereignet, wenn die Polizeitruppen des Staates Arkansas nicht zur Verweigerung, sondern zur Unterstützung der Anordnungen eingesetzt worden wären... Wenn sich ein Bundesstaat weigert, Personen durch Einsetzung seiner Polizeitruppe gegen den Pöbel zu schützen, dann gebietet der

Weltkonferenz über Atomenergie

400 Delegierte aus 60 Ländern — Erste Debatten

Wien (AP/DPA). In Wien wurde eine der größten internationalen Konferenzen der Nachkriegszeit eröffnet: die erste Generalkonferenz der neuen Internationalen Atomenergiebehörde zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. An der Tagung nehmen etwa 400 Delegierte aus 60 Ländern des Westens und des Ostens teil. Westliche wie östliche Länder sagten der Behörde ihre Unterstützung zu, doch zeichneten sich bereits die ersten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertretern der beiden Machtblöcke ab.

Einer der Streitpunkte wird die Frage der Zulassung Rotchinas sein. Eine Pekinger Delegation ist bereits in Wien eingetroffen, um die Entscheidung der Behörde abzuwarten. Die USA haben jedoch angekündigt, daß sie sich jedem Versuch, Peking einen Sitz in der Atombehörde zu verschaffen, mit

aller Energie widersetzen werden.

Präsident Eisenhower, auf dessen Vorschlag die Gründung der Weltatombehörde zurückgeht, erinnerte in seiner Botschaft die Delegierten daran, daß die Völker der Welt voller Hoffnung auf die Konferenz blickten.

Der amerikanische Delegierte Strauss erklärte, die USA erwarteten, daß mit der Konstituierung der Behörde ein neuer Weg von Krieg und Mißtrauen hinweg zur freundschaftlichen Zusammenarbeit für Frieden und Fortschritt beschriftet werde.

Der sowjetische Chefdelegierte Emelianow verlas eine Botschaft seines Staatspräsidenten Worschilow, in der der Westen angegriffen wird, weil er auf die sowjetischen Vorschläge zur Ächtung von Atom- und Wasserstoffwaffen nicht eingegangen sei.

Chruschow-Personenkult?

Sowjetpresse wieder im alten Fahrwasser

New York (AP). In der Sowjetunion zeichnet sich immer mehr ein Personenkult um Parteisekretär Chruschow ab. Dies ist die Ansicht politischer Beobachter, die ihr Urteil auf den Widerhall gründen, den Chruschows Äußerungen in der sowjetischen Presse finden. Hier ist vor einigen Wochen eine entscheidende Wende eingetreten, die die Stellung des Parteisekretärs in die Nähe der Position Stalins rückt.

Bis vor kurzem war auch Chruschow an die Spielregeln der „kollektiven Führerschaft“ gebunden. Zu diesen Regeln gehörte es, Äußerungen lebender sowjetischer Führer nicht direkt zu zitieren und nicht allein ihnen, sondern dem von ihnen vertretenen Gremium zuzu-

schreiben. Ende August aber haben sich sowohl die parteiamtliche „Prawda“ als auch die Zeitschrift „Kommunist“ ausschließlich mit den letzten Vorträgen Chruschows über Kunst und Literatur befaßt. Die „Prawda“ zitiert dabei nicht nur Chruschow namentlich, sondern hebt auch die Zitate — wie zu Stalins Zeiten — durch fetten Satz hervor.

Dieser Praxis schlossen sich bald darauf auch andere Zeitungen, unter anderem die „Literaturnaja Gaseta“ und die Jugendzeitung „Komsomolskaja Prawda“ an. Nach Ansicht der Beobachter ist eine ähnliche Aufmerksamkeit seit dem Tode Stalins keiner Äußerung irgendeines sowjetischen Führers mehr gewidmet worden.

Gewissensterror

DI. Wieder, wie schon seit drei Jahren, beginnt in der Zone in diesen Tagen die Propaganda für die Jugendweihe. Diesmal hat sich der erste SED-Sekretär Ulbricht eingeschaltet. Gerade am Michaelistag, an dem die Deutschen ihres Schutzpatrons, des Erzengels Michael, gedenken, forderte Ulbricht, daß jeder Junge und jedes Mädchel, gleichgültig welche Weltanschauung ihre Eltern hätten und in welcher sie bisher erzogen wurden, sich dieser gottlosen „Weihe“ künftig unterziehen sollten. Das ist die bisher umfassendste und schärfste Kampfansage gegen jede christliche Erziehung in dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands. Nun wird die schon immer fragwürdige Formel von der Freiwilligkeit der Teilnahme an der Jugendweihe hart an den staatlichen Zwang herangeführt. Denn Ulbricht rief die Arbeiter in den Betrieben, die Gewerkschaftsleitungen, die Parteiorganisationen, die Volksbildungsabteilung, die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die Traktorenstationen und die volkseigenen Güter zur Bildung von sogenannten Aktivs auf, welche die Jugendweihe zu fördern hätten. Auch wenn Ulbrichts Wünsche sich in den nächsten Wochen noch nicht in gesetzlichen oder gesetzesähnlichen Bestimmungen niederschlagen sollten — der Kampf gegen die christliche Familie ist in aller Breite proklamiert worden. Der

Jugendweihe soll Zwang werden

Ulbricht polemisiert gegen „erfundenes Glaubensbekenntnis“

Berlin (DPA). Der SED-Generalsekretär Walter Ulbricht hat in einer Rede angedeutet, daß die kommunistische „Jugendweihe“ in Zukunft allen Schulabgängern zur Pflicht gemacht werden soll. Er erklärte, an der Jugendweihe müßten „alle Jungen und Mädchel teilnehmen, gleichgültig, welche Weltanschauung ihre Eltern haben oder in welcher Weltanschauung sie bisher erzogen wurden“.

Im gleichen Atemzuge beteuerte der SED-Generalsekretär, er sei zu einem Meinungsaustausch über die Fragen der

SED-Leitung und dem SED-Staat wird künftig das Leugnen schwerfallen, wenn in ihrem Bereich vom offenen Kirchenkampf gesprochen wird. Was bisher schon praktiziert wurde, nämlich daß jeder Jugendliche, der den Mut hatte, zur Konfirmation oder zur Kommunion zu gehen und sich der Jugendweihe zu entziehen, dann Gefahr lief, weder in die nächst höhere Schulklasse zu kommen noch in einer Lehrstelle angenommen zu werden, wird nun fast zur Gewißheit. Zum äußeren Zwang des Verbots für Schüler und Studenten, in den freien Teil Deutschlands zu reisen, tritt nun der Gewissenszwang nach innen. Es bedarf nur noch eines kleinen Schrit-

tes, um die Gottlosigkeit zum Staatsprinzip in der sogenannten DDR zu erheben. Die einschlägigen Artikel der DDR-Verfassung über die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit sind nach dieser Ankündigung des mächtigsten Mannes des SED-Regimes vollends eine Farce. Auch wie sich Otto Nuschke, der sich noch immer Vorsitzender einer christlichen Partei nennt, aus diesem Dilemma zwischen nicht nur praktizierter, sondern auch verkündeter Gottlosigkeit eines Regimes, dem er als stellvertretender Ministerpräsident dient, herauswinden wird, ist fast nicht mehr interessant. Die Reihen der christlichen Kirchen und ihrer Bekenner in der Zone, werden sich fester schließen müssen. Für sie beginnt ein neuer Kampfabschnitt.

Strauß stellt sich der Kritik

Zum Fall Müller-Hillebrand

Bonn (Eigenmeldung). Bundesverteidigungsminister Strauß, der nach mehrtägiger Abwesenheit von Bonn in sein Amt zurückgekehrt ist, hat die Absicht, mit hohen Truppenführern der Bundeswehr über den Fall des beurlaubten Brigadegenerals Müller-Hillebrand zu sprechen. Strauß will sich in einer größeren Besprechung mit der Kritik auseinandersetzen, die von seiten einiger Generale an seinem Vorgehen gegenüber Müller-Hillebrand geübt worden ist. Man nimmt nicht an, daß Strauß von seiner Entscheidung abgehen wird. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß er zu einer

gewissen Abwandlung gezwungen sein wird, nachdem Juristen festgestellt haben, daß eine „Dienstenthebung“ nach § 22 des Soldatengesetzes nur nach voraufgegangenem Disziplinarverfahren möglich ist. In der offiziellen Verlautbarung des Ministeriums war von einer „Dienstenthebung“ und „Amtenenthebung“ des Brigadegenerals die Rede gewesen, obwohl kein Disziplinarverfahren gegen ihn stattgefunden hat.

Sowjetbotschafter aus Warschau abberufen

Warschau (AP). Der sowjetische Botschafter in Warschau, Ponomarenko, ist von seinem Posten „zur Übernahme anderer Aufgaben“ nach Moskau zurückberufen worden. Der Nachfolger ist noch nicht bekannt. Ponomarenko, der vor zwei Jahren auf seinen Warschauer Posten kam, ist Mitglied des sowjetischen Zentralkomitees der KP und enger Mitarbeiter Chruschtschows.

Der vor wenigen Tagen ebenfalls abberufene sowjetische Botschafter in Belgrad, Firjubin, ist inzwischen zum stellvertretenden Außenminister ernannt worden. Firjubin ist der Mann von Ekaterina Furzewa, die höchste Parteiamtner innehat und zu dem engsten Kreis um Chruschtschow gehört.

So sind sie wirklich:

Wiedersehen mit den „Veteranen“

Als kürzlich sowjetische „Partei-veteranen“ in Ostberlin weilten, durften Kenner der internen Parteigeschichte einer Begegnung beiwohnen, die man nicht ohne Grausen genoß. Die Frauenfunktionärin des SED-Zentralkomitees, Roberta Gropper, ließ sich Hand in Hand mit der ehemaligen Moskauer Ministeriumsangestellten Kolesnikowa fotografieren. Beide sangen später eng umschlungen: „Wir sind die junge Garde — des Proletariats...“

Roberta Gropper und die Kolesnikowa mögen sich das letzte Mal in den ewigen Eiswüsten Nord Sibiriens gesehen haben. Die Gropper hatte dort als „trotskistische Agentin“ zwölf Jahre Zwangsarbeit zu verbüßen, die Kolesnikowa hatte man als „faschistische Spionin“ verbannt. Beide Funktionärinnen hatten bis zum Tage ihrer Deportation der Kommunistischen Partei gedient, treu und arglos, wie sie jetzt auf die Bühne traten. Was aber, mögen sich die Wissenden gefragt haben, ist diese Gropper dann für eine Frau?

Im Apparat zermürbt

Roberta Gropper kommt aus der bayerischen KPD. Vor 60 Jahren als Tochter eines Memminger Tuchwebers geboren, ging sie noch während des ersten Weltkrieges als junge Büroangestellte in den „Freien Jugendverband“. 1919 gehörte sie zu den ersten Mitgliedern der bayerischen Kommunistischen Partei. Sie war in die Affäre der Münchner Räterepublik verwickelt, wurde dann nach Berlin geholt und arbeitete hier im Jugendsekretariat der KPD.

Mit 30 Jahren war sie eine im Apparat zermürbte, verbrauchte Frau. Roberta Gropper gehörte zu jener Gruppe gläubiger Kommunisten, die sich für die deutsche Kominternfiliale aufopferten, ohne Dank zu erwarten. 1930 bis 1932 vertrat sie ihre Partei im Reichstag, dann

ROBERTA GROPPER



schickte man sie, die für die Agitation unter den Weddinger Arbeiterfrauen geschaffen war, und nicht für die parlamentarischen Winkelzüge kommunistischer Abgeordneter, in den Apparat zurück. 1933 ging sie als eine der ersten in die aktive Illegalität. Als die Pieck und Ulbricht flüchteten, gründete sie am Wedding „Arbeiterhilfskomitees“...

Flucht nach Moskau

Ein Jahr später mußte sie flüchten, über das Saargebiet kam Roberta Gropper nach Paris. Sie wurde eine der stillen, aber immer hilfsbereiten Figuren auf dem Schachbrett der Emigrantenkämpfe. Aber als die deutschen Truppen in Frankreich einfielen, beging sie die Torheit ihres Lebens: Während ihre Genossen nach Mexiko emigrierten, ging sie per Schiff in die Sowjetunion.

Im Moskauer Emigrantenhotel „Lux“ wartete sie anderthalb Jahre, ohne zur Emigrationsleitung der Pieck und Ulbricht vorgelassen zu werden. Man mißtraute ihr. Den deutschen Kominternfunktionären schien es unfaßbar, daß diese Frau

nicht mit nach Mexiko gegangen war. Im Frühjahr 1942 kam die NKWD. Ulbricht selbst bescheinigte ihr, daß sie eine trotzkistische Agentin sei, die von Moskau aus mit mexikanischen Emigrationskreisen Verbindung aufnehmen sollte.

Still und geduldig, wie sie in Berlin für die KPD-Führung gearbeitet hatte, ging Roberta Gropper jetzt nach Sibirien. Die Kolesnikowa, die als Opfer der zweiten stalinistischen Säuberung dorthin geraten war, wurde ihre Leidensgefährtin im ewigen Eis.

„Alles ist wieder gut!“

Und so, wie man diese Menschen, von denen nur ein Bruchteil Sibirien überlebte, eines Tages „administrativ verurteilt“ hatte, so teilte man ihnen im Herbst 1946 mit: „Alles ist wieder gut! Meldet euch bei eurer Partei...“

Im Januar 1947 kam Roberta Gropper nach Ostberlin. Und im März ging sie als Mitglied der SED in deren Landesvorstand Berlin, um ihre ehemalige Arbeit wiederaufzunehmen. Später war sie maßgeblich am Aufbau des DFD beteiligt, bis man im Herbst 1950 die „Westemigranten“ als „Verräter“ zu entlarven begann. Jetzt war es die Zeit ihrer Tätigkeit in Paris, die Roberta Gropper zum Verhängnis wurde. Als kleine Angestellte arbeitete sie weiter für jene Partei, die ihr Leben zerstörte. Und als man sie 1954 wieder holte, kam sie, ohne zu fragen.

Jetzt stand sie in Ostberlin auf der Bühne. Als Parteiveteranin. Und weder sie noch die Kolesnikowa fragten, warum das alles geschehen war. Gemeinsam sangen sie das Lied von der „Jungen Garde“. Und wenn die 20jährigen FDJ-Reporter dazukamen, sprachen sie von der „guten, alten Kampfzeit“. Und die Wissenden wandten sich ab — mit Grausen. ■■■

Stalin wird rehabilitiert

Das neue Parteilehrjahr der SED — kritisch betrachtet

Am 30. September begann das neue Parteilehrjahr der SED. Es bietet seit zwei Jahren den ersten Lehrplan, der sich wieder mit parteihistorischen Fragen zu beschäftigen wagt. Im vergangenen Parteilehrjahr hatte man den Unterricht auf ökonomische und staatspolitische Fragen beschränkt. Die „Partei-bibel“, Stalins berüchtigter „Kurzer Lehrgang zur Geschichte der KPdSU“, war zurückgezogen worden, und damit blieb die kommunistische Parteischulung ohne Fundament. Jetzt hat die sowjetische Parteiführung unter Chruschtschow diesem Mangel abgeholfen. Ein neues Partei-Evangelium wurde geboren: Die als geschichtlicher Abriss verfaßten „Thesen zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution“!

Sie bilden das Rückgrat des kommenden Parteilehrjahres, das damit wieder zu den alten Themen zurückkehren wird. Der deutsche Kommunist lernt die sowjetische Parteigeschichte, die eigene hat ihn nicht zu interessieren. Vielleicht, weil sie sich für ihn leichter nachprüfen ließe. Wie aber sieht nun die neue Sowjetdarstellung aus, und — was hat man ihr aus Stalin gemacht?

Lenin wird zum Mythos

Die „Thesen zum 40. Jahrestag“ sind praktisch eine verkleinerte Neufassung des „Kurzen Lehrgangs“. Während dieser jedoch mit dem Jahre 1937 abschließt, gehen die „Thesen“ bis in den Herbst 1957 und versuchen, eine Deutung der welt-politischen Situation — nach sowjetischer Auffassung — zu geben.

Man hat sich diesmal nicht allzusehr mit der vorrevolutionären Entwicklung aufgehalten. Die Tatsache, daß es außer den Bolschewiki auch namhafte andere revolutionäre Strömungen gab, wird kurzweg unterschlagen. Mittelpunkt des Geschehens ist Lenin, der zur mystischen Figur erhoben wird. Die erste — bürgerliche — Revolution vom Februar 1917 wird kaum erwähnt. Man spricht nur von einer „Regierung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer“, die von den Bolschewiki gestürzt worden sei. In der Beschreibung des Bürgerkrieges fehlt jede Würdigung Stalins, der sonst als Heros dieser Zeit gefeiert wurde. In der Periode des „Aufbaus des Sozialismus“ fehlen sowohl der Name Stalins als auch die Erwähnung von dessen Taten. Die „Liquidierung der Kulaken“, im „Kurzen Lehrgang“ noch parteitheore-

tisch begründet, hat nicht stattgefunden.

Statt dessen versucht die Chronik, einen gleichmäßigen wirtschaftlichen Aufstieg des Sowjetlandes von Planjahrfünft zu Planjahrfünft glaubhaft zu machen. Und das große Bauernsterben ist dadurch entstanden, daß eben diese Bauern eine Revolution gegen die Sowjetmacht angezettelt hätten. Kolchosaktivisten überfielen und ermordeten, worauf sich die Regierung — der Name Stalin wird nicht erwähnt — gezwungen sah, „den Bauern die Produktionsmittel fortzunehmen“. Diese Ausdeutung einer der furchtbarsten Perioden des Stalinismus läßt sich nur dadurch erklären,

Säuberungen werden gerechtfertigt

Aufmerksam muß man die sparsamen Erwähnungen der stalinistischen Säuberungen, der Auseinandersetzungen mit den Trotzlisten und Bucharinisten, lesen. Da werden die gleichen Argumente benutzt wie im „Kurzen Lehrgang“, nur daß diesmal die Kommunistische Partei als Kollektiv die „Ver-räter“ liquidierte.

Die Kriegsgeschichtsschreibung ist primitiv und stalinistisch. Die Sowjetarmee habe Hitler geschlagen, und als deren Sieg feststand, hätten die Alliierten in den Krieg eingegriffen, um Deutschland zu besetzen. In der Nachkriegsgeschichte wird Stalin überhaupt nicht mehr erwähnt. Nur einmal spricht man von dem „verhängnisvollen“ Personenkult. Aber an dem ist nicht mehr Stalin selbst schuld, sondern die anderen, die den Kult treiben mußten, haben das verursacht. Am Ende dieses Geschichts-Märchenbuches steht die Verurteil-

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.

daß Chruschtschow damals einer der rücksichtslosesten Anführer stalinistischer Strafexpeditionen war.

lung des „Nationalkommunismus“ und des „Revisionismus“, also die Verherrlichung der alten Doktrin.

Nach dieser neuen Partei-bibel wird der SED-Nachwuchs im soeben begonnenen Parteilehrjahr erzogen und der Funktionär geschult. Das Problem des Stalinismus ist damit für die Partei gelöst. Alles wird vereinfacht, gekürzt, oder gleich ganz gestrichen. Der künftige Parteischüler darf ganze Passagen aus der sowjetischen Parteigeschichte streichen, von der deutschen erfährt er ohnehin nichts. Die wird im Parteikabinett gelehrt und gipfelt in der Feststellung, daß wir längst ein sozialistisches Deutschland hätten, wenn Ulbricht damals im mitteldeutschen Aufstand gemeinsam mit der Roten Rhein-Ruhr-Armee hätte losschlagen können. So einfach ist das alles, selbst die Primitivität Stalins haben die nach ihm gekommenen Stalinisten überboten!

„Eisenbahner, bleib in der Heimat!“

Pankow: Westreisen auch für Zug-Personal unerwünscht

Halle (DPA). Nicht nur Schüler, Studenten und Lehrkräfte der Sowjetzone, sondern auch Eisenbahner sollen nicht mehr nach Westberlin und ins Bundesgebiet reisen. In einem Flugblatt wurden die Angehörigen der Eisenbahndirektion Halle aufgefordert, „keine Fahrten in das Land der Kriegsvorbereitungen“ zu unternehmen.

Ehemalige Zonen-Häftlinge trafen sich in Königswinter

Bonn (Eigenbericht). Am Wochenbeginn fand in Königswinter eine Tagung ehemaliger politischer Häftlinge aus der Sowjetzone und der Sowjetunion statt, zu der die Junge Union der Exil-CDU eingeladen

hatte und an der auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Heinrich Krone, teilnahm. In einer politischen Aussprache wurden Möglichkeiten einer Intensivierung der Wiedervereinigungspolitik erörtert. Mit der Führung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen solle auch eine Persönlichkeit betraut werden, „die Erfahrungen aus der sowjetischen Besatzungszone und gesamtdeutscher Arbeit mitbringt“. Die Bemühungen des Gesetzgebers um soziale Hilfe für die ehemaligen politischen Gefangenen wurden anerkannt. Jedoch wird die volle Auswirkung der gesetzlichen Maßnahmen nach Ansicht der ehemaligen Häftlinge durch Bürokratie mancherorts sehr behindert.

Sowjet-Niederlage im Sicherheitsrat

New York (AP/DPA). Japan, Kanada und Panama sind als neue nichtständige Mitglieder für zwei Jahre in den Sicherheitsrat der UN gewählt worden. Sie sind Nachfolger der Philippinen, Australiens und Kubas. Der Versuch der Sowjetunion, den Gegenkandidaten Japans, die Tschechoslowakei, in den Sicherheitsrat zu bringen, scheiterte. Japan erhielt mit 55 Stimmen die erforderliche Zweidrittelmehrheit, während für die Tschechoslowakei nur 25 Stimmen abgegeben wurden. Die Kandidaturen Kanadas und Panamas waren nicht umkämpft.

Die Wahl Japans wurde von westlichen Diplomaten als ein schwerer Schlag gegen den kommunistischen Block gewertet.

Die Machthaber im Kreml irrten sich

Fortsetzung von Seite 2

ren Ausbau der geschaffenen demokratischen Ordnung und nicht zuletzt für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands unter freiheitlich-demokratischen Prinzipien.

Gehässige Propaganda

Wenn man die Stellungnahmen aus Moskau und die Äußerungen sowjetzonaler Stellen und Presseorgane zu dem Ergebnis der Bundestagswahlen liest, ist darin allerdings von vernünftigen Erkenntnissen bisher nichts zu finden. In Fortsetzung des Tones und Stils der Schmutzpropaganda vor den Wahlen werden die Wähler, die Bundeskanzler Dr. Adenauer und der CDU/CSU ihre Stimme gaben, beschimpft und verwünscht. Der SPD wird Unfähigkeit zur Führung eines Wahlkampfes vorgeworfen. Es werden verstärkte Bemühungen um die alsbaldige Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse gefordert, die die Basis eines verschärften Kampfes gegen Bundeskanzler Dr. Adenauer und seine Regierung werden soll. Auf die Politisierung der Gewerkschaften werden große Hoffnungen gesetzt.

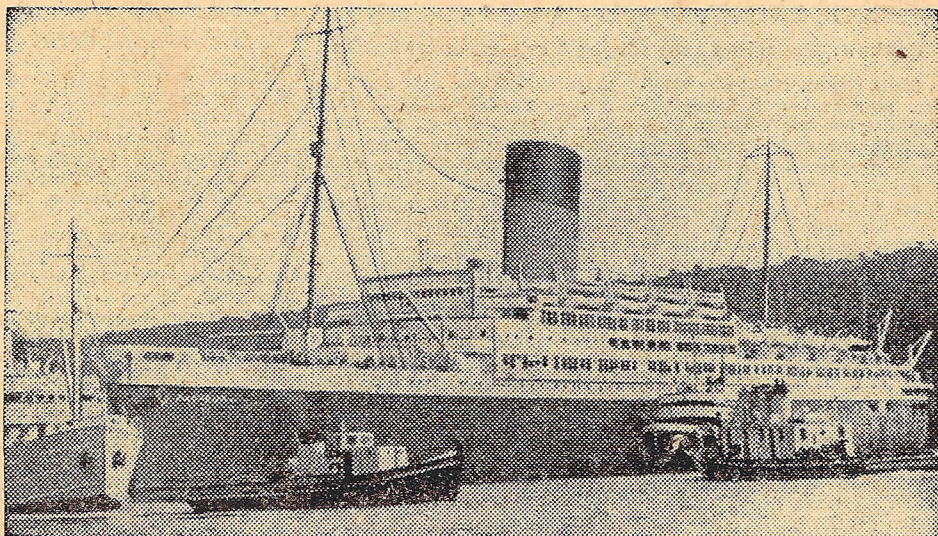
Alle diese gehässigen Auslassungen kann man nur mit Be-

dauern zur Kenntnis nehmen. Sie zeigen, daß auch nach diesem eindeutigen Entscheid der Bevölkerung der Bundesrepublik auf Weisung der kommunistischen Führung der Kampf um die deutschen Menschen mit kommunistischen Methoden fortgeführt werden soll. Was wir noch zu erwarten haben, das zeigt uns die erwähnte Note der Regierung der Sowjetunion vom 7. September 1957. In dieser Note sind mit aller Offenheit gesamtdeutsche freie Wahlen als Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands brüsk abgelehnt worden. Dem deutschen Volk wird von Moskau eine freie Willensentscheidung über sein nationales Schicksal verwehrt. Wenn Moskau aber glaubt, mit solchen Erklärungen die Front seiner Anhänger im deutschen Volk verstärken zu können, so ist es in der Tat schlecht beraten. Die politische Reife und das demokratische Bewußtsein der Bevölkerung in der Bundesrepublik sind von Wahl zu Wahl gewachsen. Die Bevölkerung der Bundesrepublik läßt sich die demokratischen Rechte von Moskau nicht streitig machen und beschränken. Sie wird auch darauf bestehen, daß diese demokratischen Rechte in dem heute noch unfreien Teil Deutschlands, der

Sowjetzone, wieder Geltung bekommen. Hoffen wir, daß mit der Registrierung und der Analyse des Ergebnisses der Bundestagswahlen auch die zur Wahlbeeinflussung bestimmten Gedankengänge dieser Note zu den Akten gelegt werden, und daß damit einer fruchtbringenden Entwicklung neuer Raum gegeben wird.

Sachwalter aller Deutschen

Allen Deutschen in der Sowjetzone möchte ich aber versichern, daß sich die Bundesregierung nach dem ihr von der Bevölkerung der Bundesrepublik am 15. September 1957 ausgesprochenen Vertrauen noch stärker als bisher berufen fühlt, Sachwalter aller Deutschen zu sein und das nationale deutsche Schicksal zu meistern. Allen Widrigkeiten aus Moskau und Pankow zum Trotz wird sie unermüdet weiter darum kämpfen, zugleich mit dem Ausbau der Bundesrepublik zu einem blühenden demokratischen Staatswesen für die Deutschen in der Sowjetzone die Eingliederung in eine staatliche Gemeinschaft zu erreichen, die nur auf ihrer freien Willensentscheidung beruht und sie frei macht von einem Gewaltregime, das ausschließlich auf den Bajonetten oder besser gesagt den Panzern der Besatzungsmacht aufgebaut ist.



BILDER DER WOCHE. Oben: „Pasteur“ gekauft. Der bisherige französische Ozeandampfer, der zu den zwölf größten Schiffen der Welt gehört, wird vom Norddeutschen Lloyd künftig unter dem Namen „Bremen“ auf der Atlantikroute eingesetzt werden. — Unten: Bittgottesdienst für die „Pamir“-Besatzung im Seemannsheim Hamburg-Altona. Rechts: Felix Graf Luckner.

